



## Über die Oder-Neiße-Grenze hinweg

# Bonns Drang nach Osten

In der letzten Woche hat der BRD-"Verteidigungs"-Minister Stoltenberg angekündigt, daß nach der Wiedervereinigung Truppen der Bundeswehr auf dem Gebiet der DDR stationiert werden sollen. Stoltenberg hat seinen Mund zu früh und zu weit aufgerissen. Offiziell versichert die BRD der nervösen sowjetischen Regierung immer noch, daß das Gebiet der DDR "demilitarisiert" werden wird, nachdem es vom kapitalistischen westdeutschen Staat verschlungen worden ist. Deshalb hat Kohl seinen Untergebenen sofort eine Stellungnahme diktiert, die Stoltenbergs Bemerkungen dementiert.

Anfänglich wurde die deutsche Wiedervereinigung von Modrow so dargestellt, als ob das Gebiet der DDR "neutral" sein würde, sowieso schon eine unverschämte Lüge. Dann hat er kapituliert und die Wiedervereinigung "ohne Neutralität" akzeptiert. Nun verlangen die NATO-Mächte, ermutigt durch all die Kapitulationen von Modrow und Gorbatschow, daß Großdeutschland Teil der NATO sein müsse. Ob es nun die Bundeswehr oder die NATO ist, jedenfalls wollen sie imperialistische Truppen an der Oder-Neiße-Grenze haben.

Der Drang nach Osten der BRD sendet, nicht gerade überraschenderweise, den Menschen in der ganzen Welt

Schauer über den Rücken. Die polnische Regierung hat wiederholt Bonn aufgefordert, die Nachkriegsgrenzen Polens anzuerkennen. Bonn hat sich immer wieder geweigert. Am 22. Februar hat Regierungssprecher Dieter Vogel explizit den Appell des polnischen Ministerpräsidenten Mazowiecki zurückgewiesen, daß nach den Wahlen am 18. März zwischen beiden deutschen Staaten und Polen ein Friedensvertrag abgeschlossen werden soll, der die Oder-Neiße-Linie als Grenze anerkennt. Zwei Drittel aller Polen sind gegen eine deutsche Wiedervereinigung, und die von der antisowjetischen Solidarnosc dominierte Regierung in Warschau bevorzugt sowjetische Truppen in der DDR gegenüber dem Gespenst einer deutschen imperialistischen Armee an seiner Westgrenze. Die Erinnerung an den September 1939 ist im polnischen Nationalbewußtsein lebendig geblieben und beim nächsten Mal wäre es ein Hitler mit Atomwaffen. Selbst in der BRD glauben zwei von drei Menschen, daß die Wiedervereinigung zu schnell kommt.

Als Kohl letzte Woche seinen Auftritt bei der DSU/CDU-Wahlkampfveranstaltung in Erfurt hatte, wurde er als "Kanzler unseres deutschen Vaterlands" vorgestellt.

*Fortgesetzt auf S.3*

## Volkskammer kapituliert vor dem Anschluß

# Spartakist-Wahlkampagne: Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung!

Bei der Volkskammersitzung am 21. Februar haben sich alle Parteien für eine kapitalistische Wiedervereinigung mit der BRD ausgesprochen. Trotz zahlreicher ausweichender Bemerkungen über die Einheit von "zwei souveränen Staaten", die Aufrechterhaltung einer "DDR-Identität", über die Verteidigung unserer "sozialen Errungenschaften" gab es von PDS bis NDPD, die für "rehabilitierte" Nazis gegründet worden war, einen durchgängigen Konsens darüber, unseren Arbeiterstaat preiszugeben. Mit dieser Bekräftigung der "nationalen Einheit" sagen die Abgeordneten der Volkskammer: Es gibt keine Parteien mehr, sondern nur noch Deutsche!

Am nächsten Tag gab es in Berlin eine Demonstration von mehreren Tausend Menschen "Gegen Ruin, für soziale Sicherheit", mobilisiert von mehreren linken Parteien, darunter PDS, Vereinigte Linke, die Nelken und die KPD. Viele dieser Leute sind gegen den Ausverkauf der DDR und

wollen die sozialen Errungenschaften beibehalten. Aber was hier auf dem Spiel steht sind nicht nur unsere sozialen Errungenschaften, sondern die kollektivierte Wirtschaft und die zukünftige Existenz der DDR: in dieser Frage kann es kein Ausweichen, keine Halbheiten und bedeutungslose Rhetorik geben.

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands nahm an der Demonstration mit dem Banner "Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung!" teil. Die SpAD erklärt klar und eindeutig, daß wir die Werktätigen dieses Landes mobilisieren wollen im Kampf gegen die konterrevolutionäre Gefahr. Dies ist die zentrale Frage bei den Volkskammerwahlen. Dies ist heute die Frage von Leben oder Tod für unseren Arbeiterstaat. Und durch unsere Wahlkampagne wollen wir dafür sorgen, daß alle anderen Parteien, die angeben, die Interessen der Werktätigen zu verteidigen, gezwungen

*Fortgesetzt auf S.7*

---

# Briefe an Spartakist/ARPREKORR

---

## SPD: "Der wahre Feind jeder Revolution"

12. Februar 1990

Habt vielen Dank, daß Ihr meiner Bitte nach einem Abonnement Eurer Zeitung "SPARTAKIST" so schnell nachgekommen seid. Das Geld werde ich demnächst auf Euer Konto bei der Sparkasse der Stadt Berlin überweisen. Das geht aber nicht so schnell, da ich zur Zeit meinen Dienst bei der NVA ableiste und deshalb nur während desurlaubes zu Hause (in Berlin) bin.

Als erstes möchte ich Euch auf einen Satz von Käthe Woltemath (SPD [der DDR]) aufmerksam machen, welcher mir kurzlich zu Augen kam. Er ist zu finden auf Seite 6 der Zeitung "Extra Blatt", (herausgegeben vom Vorstand der SPD) unter der Rubrik "Zitate" und lautet: "Die Umarmungen der Kommunisten sind für zu viele Sozialdemokraten tödlich gewesen!" Müssen wir Kommunisten uns solche Infamheiten gefallen lassen? Nein, sage ich!

War es nicht eher umgekehrt? Wer gab den Befehl zur Ermordung von Luxemburg und Liebknecht? Noske war es, und Noske war SPD-Mitglied und sogar führendes SPD-Mitglied. Und seine Bluthunde von der SPD haben es getan. Wer hat weiterhin die Arbeiter des öfteren verraten — einiger Vorteile willens, wobei nicht nur Kommunisten ums Leben kamen sondern auch andere Arbeiter — sogar aus den eigenen Reihen der Sozialdemokratie.

Und heute haben diese Leute die Frechheit zu

verlangen "Zurück zu Luxemburg und Liebknecht?"

Ich stimme voll mit Euch überein! Die Sozialdemokratie ist das "Trojanische Pferd der Konterrevolution" und der wahre Feind jeder Revolution!!!

Vor kurzem hörte ich im Radio davon, daß Ihr eine Partei gegründet habt: — wenn ich nicht irre hieß sie Spartakist Arbeiterpartei!

Ich wäre nun am Programm bzw. Positionspapier, Statut und Wahlkampfprogramm (oder ähnlichem) von Euch interessiert. Auch würden mich die Bedingungen interessieren, unter denen man in Eure Reihen aufgenommen werden kann!

Vielen Dank im voraus für diese Info's.

Rot Front

PA.

P.S. Mir gefallen an Euch — Euer konsequentes Eintreten gegen den Ausverkauf der DDR bzw. gegen eine kap. Wiedervereinigung — was ja Angliederung heißen würde! Auch Eure Vorstellungen über die Kontrolle der Produktion durch Arbeiterräte begeistern mich, weshalb ich sie voll unterstütze. Ich bin der Meinung, wir sollten darum kämpfen, daß uns unsere soz. Errungenschaften (Bsp. Recht auf Arbeit — keine Arbeitslosigkeit) nicht 'verlorengehen und die Demokratie in den Betrieben konsequent erkämpft und durchgesetzt wird.

---

## Über Ernst Thälmann

*Folgenden Brief erhielten wir von einem Genossen, der sich auf die Spartakist-Schulung "Trotzki und der Kampf gegen Faschismus — Stalins/Thälmanns Weg in die Niederlage" bezog, die am 3. Februar in Berlin stattfand,*

San Francisco, 30. Januar 1990

Liebe Genossen,

ich habe mir einige Gedanken über Thälmann gemacht. Zunächst einmal ich weiß nicht sehr viel über den Mann. Einige biographische Informationen in einem *Spartakist-Artikel* wären zweifellos interessant und hilfreich für viele Genossen.

Doch wichtiger: Thälmann wird ohne Zweifel von vielen klassenbewußten ostdeutschen Arbeitern — SEDlern, früheren SEDlern und anderen — als der Mann angesehen, der Hitler bekämpfte. Für viele Menschen ist er eine Art Held der Arbeiterklasse. Ihn einfach zu verurteilen wäre destruktiv. Es ist eine gute Idee, ausgewählte Zitate von Trotzki zu benutzen und anderes Material, um *ausführlich zu erklären*, daß Thälmanns politische Rolle darin bestand, den Kampf gegen die Nazis zu unterminieren.

Genossen werden sich daran erinnern, daß mitten im Kampf der chinesischen Studenten letztes Jahr, gerade zu dem Zeitpunkt, als die Arbeiter anfangen, sich in den Kampf zu stürzen, ein Porträt von Mao über einem Eingang zur Verbotenen Stadt respektlos mit Schlamm bespritzt wurde. Dies rief bei vielen Chinesen einen Sturm der Empörung hervor. Die bürgerliche Presse bemerkte damals, daß Millionen auf Mao zurückblicken, weil die alten Tage, verglichen mit Chinas gegenwärtigen

Ungerechtigkeiten, gekennzeichnet waren durch Egalitarismus und zielgerichtete Opfer. Sich nach Mao zu sehnen ist falsch, aber mir fiel damals auf, daß wir, wenn wir eine Sektion in China hätten, die für politische Revolution kämpft, unserem Anti-Maoismus ein hohes Niveau von politischer Intelligenz und Einfühlsamkeit geben müßten. Das Gleiche könnte man bei Tito oder Castro sagen. Was Thälmann angeht, so sollten wir Lenins Grundsatzbefolgen: *geduldigerklären*.

Auf einer anderen Ebene: man könnte zu Recht die Gleichung Stalin-Thälmann relativieren. Sicher, sie sind beide verantwortlich für die Katastrophe, die durch "Sozialfaschismus" verursacht wurde. Doch während Stalin der "große Organisator der Niederlagen" war, führte Thälmann sie durch. Während Stalin die Syphilis in der Arbeiterbewegung war, war Thälmann ein Schanker. Die Degenerierung des sowjetischen Arbeiterstaates führte, durch verwickelte historische Ereignisse, zu der Zerstörung der deutschen und aller anderen Parteien.

Zuletzt: gab es nicht vor ein paar Jahren in Westdeutschland einen Fall, der Thälmanns Tochter betraf, und eine Art Prozeß oder andere rechtliche Schritte gegen den Wachtposten, der Thälmann in Buchenwald ermordete? Hat man den Kerl nicht laufenlassen? Die Bourgeoisie haßt Thälmann. Irgend etwas darüber würde einen *Spartakist-Artikel* etwas bereichern.

Selbstverständlich also: laßt uns Thälmann vom Sockel stoßen, aber laßt es uns auf wohlüberlegte, pädagogische und politische Weise tun.

Bis bald,

Bert

# Bericht aus Karl-Marx-Stadt - Land

## Textilarbeiterinnen unter Beschuß

*Wenn es nach dem Willen der Kapitalisten ginge, wären Frauen unter den Ersten auf der Abschlußliste der BRD-Profitgeier. Nachstehend veröffentlichen wir Auszüge aus dem Bericht eines Genossen über seine Eindrücke beim Verkauf unserer Zeitungen und bei Diskussionen mit Textilarbeiterinnen bei Karl-Marx-Stadt.*

Es ist folgendes: In Karl-Marx-Stadt - Land haben wir eine große Fläche, das sind rund 95 Betriebe, Textilbetriebe, wo nur Frauen arbeiten, Bekleidungsindustrie, von Nähereien bis zur Kindergarnitur und alles mögliche. Folgende Situation: Als wir durch Karl-Marx-Stadt - Land gereist sind, war an jedem Haus die Bundesfahne rausgegangen, offiziell heißt auf jedem Marktplatz und die Sachsenfahne usw. Das war erstmal unser offizieller Eindruck.

Was dort los ist, da gibt es einen Betrieb in Taura, das ist bei Burgstädt, der Betrieb hat ungefähr 2500 Frauen, im Schnitt. Es wird im Schichtdienst gearbeitet, Bekleidungsindustrie. Da waren schon einige Betriebsvertreter, nur um mal zu gucken, was es an Joint ventures geben kann. Die wollten die Betriebsleitung kaufen. Und das sieht so aus, man muß dazu auch ehrlich sagen und analysieren, was zur Zeit in der DDR und in den Betrieben los ist. Man darf nichts beschönigen, y

Und da ist folgendes: Diese Arbeiter und Frauen müssen seit über 25 Jahren an uralten Maschinen, Textilmaschinen, ihre hohe Norm schaffen. Und sie machen das weiter. Und da kommen diese Leute, diese Herren Kapitalisten an, sagen dem Betriebsleiter, na paßt mal auf, das werden wir ganz einfach machen, was die in 40 Jahren aufgebaut haben. Da haben die wörtlich gesagt, wir sprengen den ganzen Betrieb

mit seiner ganzen Einrichtung ab, die Maschinen, das interessiert uns nicht. In sechs Wochen habt ihr eine Industrie hier, aber bitte schön, wir bestimmen. Das heißt, daß zweieinhalbtausend beschäftigte Frauen auf der Straße liegen. Und das gibt eine Kettenreaktion, Leute, das können wir nicht zulassen. Das ist die Situation.

Die Situationen sind verschieden in den Betrieben. Es gibt einige ehemalige Werkdirektoren, die heute schon ohne Berechtigung, ohne irgendwas, schon einen Jargon angenommen haben, als wären sie irgendwelche Großindustriebosse. Sie brauchen bloß noch ihre Aufsichtsräte, und die suchen sie sich bereits. Da tritt auch die Gewerkschaft entgegen auf. Zum Beispiel suchen sie sich ihre eigenen Mitglieder, die sie beraten wollen, aber nicht Arbeiterräte, auch gar nicht Gewerkschaftsvertreter, das sind die Leute, die dann versuchen, Rausschmisse durchzudrücken.

Es gibt Gerüchte, die verbreitet die SPD und einige andere unserer politischen Gegner, die klipp und klar sagen, also paßt auf, das Betriebsessen ist weg. Die Kinderspeisung in den Schulen ist weg. Das heißt also, wenn die weg sind, und eine Frau, die alleinstehend ist, die ihre Norm schaffen muß und von früh bis abends arbeitet, will daß ihr Kind, wie wir es bei uns gehabt haben, in der Schule 'ne Speisung hat. Nicht jeder hat 'ne Oma oder jemand zu Hause, um das Kind zu versorgen. Und das Kind hungern zu lassen, das wäre die größte Anarchie. Also muß die Frau aufhören, verkürzt arbeiten. Genau das wollen sie: Kinderkrippenplätze und einige andere Sachen abschaffen. So sieht die Situation aus. Die Arbeiterklasse ist führungslos und haltlos. Deshalb ist unsere Arbeit für die Spartakist-Arbeiterpartei umso wichtiger.

## Bonns Drang...

*Fortsetzung von S. 1*

Angesichts der atemberaubenden Perfidie der zerfallenden stalinistischen Bürokratie, die gegenüber jedem, aber auch wirklich jedem, neuen Ultimatum von Bush, Kohl und ihren SPD-Handlangern nachgeben, denken die Imperialisten, daß sie die DDR bald in der Tasche haben werden, und sie glauben, daß die Wahl am 18. März diesem Prozeß den letzten Stempel aufdrücken wird. Ein massives Nein zu den Parteien der kapitalistischen Wiedervereinigung wird die imperialistische Kampagne der Destabilisierung bremsen und wird den Arbeitern die Zeit geben, sich neu, zu gruppieren und zurückzuschlagen. Deshalb kämpft die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands mit einem Programm der klaren, offenen Opposition gegen kapitalistische Wiedervereinigung.

Aber die Frage Revolution oder Konterrevolution wird nicht mit dem Stimmzettel entschieden, sondern auf den Straßen und in den Betrieben. Als Jaruzelski letzten Sommer Solidarnosc einlud, eine Regierung mit dem erklärten Ziel zu bilden, den Kapitalismus zu restaurieren, ist die imperialistische Presse in Jubelschreie über den "Tod der Diktatur des Proletariats" und den "Tod des Kommunismus" ausgebrochen. Aber der Stalinismus bricht zusammen, nicht der Kommunismus. Wie ein neues polnisches Wirtschaftsmagazin geschrieben hat, "haßt unser Volk den Kommunismus, aber wenn man anfängt, über Privatisierungen zu reden, dann handeln viele wie Kommunisten." Angesichts massiver Entlassungen, einer immer höheren Inflationsrate

und einer 20prozentigen Lohnkürzung haben die polnischen Arbeiter bereits zu kämpfen angefangen. Im Januar haben 35 000 Bergarbeiter in Slask gegen die von der Regierung verhängten Lohnkontrollen gestreikt, und weitere 6000 haben in Bergwerken bei Katowice gestreikt. Inzwischen fiel der groß angekündigte Kauf der Lenin-Werft in Gdansk durch eine polnisch-amerikanische Erbin ins Wasser, als sich die Arbeiter weigerten, die von ihnen geforderten rund 2 M Stundenlohn und fünf Jahre Streikverbot zu akzeptieren!

Die Arbeiter der DDR sind sogar in einer besseren Position, um gegen die Restauration des Kapitalismus zu kämpfen, als ihre Klassenbrüder in Polen. Die Planwirtschaft ist grundlegend gesund und die Arbeiter haben nicht die demoralisierende Erfahrung einer konterrevolutionären Massenbewegung durchgemacht. Notwendig ist aber ein Kampfprogramm und eine Partei, die diese Kämpfe organisiert, eine leninistisch-egalitäre Massenpartei, die für Arbeiterrätemacht kämpft.

Während der deutsche Imperialismus erneut mit hungrigen Augen für seinen Drang nach Osten in Richtung östlich der Oder-Neiße blickt, ist es nicht nur die DDR, sondern das Heimatland der Oktoberrevolution selbst, das in Gefahr ist. Stalinismus unterminiert die Verteidigung der Arbeiterstaaten. Die SpAD, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) appelliert an die Arbeiter von Deutschland, Polen und der Sowjetunion, die Traditionen des kommunistischen Internationalismus, wie sie von Rosa Luxemburg verkörpert wurden, wieder aufleben zu lassen. Das ist der Schlüssel zur Verteidigung der Arbeiterstaaten.

# BRD Häusergeier kreisen über der DDR

Der folgende Artikel der britischen Agentur Reuter beschreibt die eisigen Folgen, die eine Annexion der DDR durch den kapitalistischen Westen für den Mann von der Straße haben würde: Er und seine Familie könnten auf der Straße landen.

## Ostdeutsche sind besorgt über Besitzansprüche von Westdeutschen

von Susanne Hoell

**Berlin**, 18. Februar — Während ihre Mitbürger auf den Straßen lautstark für die deutsche Einheit demonstrieren, sitzt Familie Rammbusch eingeschüchtert in ihrer Wohnung in Ostberlin, und denkt voller Schrecken daran, daß der politische Wechsel ihnen das Dach über dem Kopf rauben könnte.

Neulich haben sie in ihrem schicken Vorstadthaus unerbetenen Besuch gehabt — ein westdeutsches Paar, das sagte, das Haus gehörte ihnen und sie wollten es zurückhaben. -

"Meine Frau weint die ganze Nacht," sagte der 46jährige Jürgen Rammbusch, der Jahre damit verbracht hat, das Haus in Ordnung zu bringen, und der nicht gewillt ist, es ohne Kampf aufzugeben.

Bis zum Fall der linientreuen kommunistischen Führung in Ostdeutschland Ende letzten Jahres hatten Westdeutsche, die Eigentum auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs gehabt besessen, praktisch alle Hoffnung aufgegeben, es jemals wieder zurückzubekommen.

Jetzt finden sie Gefallen an der Aussicht, wieder Anspruch auf Grund und Boden zu erheben, den ihre Eltern oder Großeltern vor Jahrzehnten gekauft hatten.

"Am Wochenende treten sich die Westdeutschen, die rüber kommen, praktisch auf die Füße, sie sind ausgerüstet mit Kompaß, Karten und allem was sie sonst noch brauchen" sagte Herr Rammbusch.

Westdeutsche erheben Anspruch auf mehr als 10 000 Grundstücke allein in Ostberlin. Und ihre Pläne einer Mieterhöhung auf das Fünffache oder Zehnfache des augenblicklichen von der Regierung subventioniert Niveaus, oder daß sie sogar selber einziehen wollen, beunruhigt normale Ostdeutsche wie Familie Rammbusch.

Aber jetzt Rechte zu beanspruchen, die in vierzig Jahren von kommunistischem Staatseigentum eingefroren waren, wird höchstwahrscheinlich ein Stich in ein Hornissenest von rechtlichen und sozialen Fragen sein, auf die keiner eine Antwort weiß.

Wird jetzt der Westberliner Rechtsanwalt, dem der Grund und Boden unter dem ostdeutschen Außenministerium gehört, darauf Anspruch erheben?

Wird Ostberlins charakteristischer Fernsehturm der Schweizer Versicherungsgesellschaft übergeben werden, die früher dort ihr Büro gehabt hatte?

Im Augenblick ist die ostdeutsche Rechtslage klar — der Staat garantiert die Sicherheit der Pacht und schützt die Mieten.

Aber was nach den ersten freien Wahlen im Land am 18. März passiert, ganz zu schweigen nach der Wiedervereinigung Deutschlands, ist allen noch unklar.

"Wenn mich die Leute danach fragen, kann ich nur mit den Schultern zucken," sagte Jörg Pauli, Ostberlins Rechtsberater in Eigentumsfragen.

Der Westberliner Senator Wolfgang Nagel fürchtet, daß es ein Alptraum werden wird, wer auch immer seinen Anspruch durchbringt.

"Die Frage von Entschädigung oder nachträglichen

Zahlungen würde Legionen von Rechtsanwälten beschäftigen und ein wirtschaftliches, politisches und soziales Erdbeben in Ostdeutschland auslösen," sagte Nagel.

Aber die Westdeutschen erhöhen ständig den Druck. Bonns Justizminister Hans Engelhard hat Tausende von Briefen erhalten, die danach fragen, wie man Land zurückkriegern kann.

Wochenendreisen über die Grenze waren nicht immer friedlich. Die Bewohner eines Hauses, das dem bayrischen Arzt Günther Schneider gehört, haben ihn gewarnt, daß sie ihren Hund auf ihn hetzen werden, wenn er das nächste Mal auftaucht.

Als Antwort darauf hat sich Schneider eine Spraydose mit Benzin und Cayennepfeffer gekauft, um sich beim nächsten Mal zur Wehr zu setzen.

Ein westdeutscher Masseur übte psychologischen Druck auf seine "Mieter" aus, indem er ihnen einen drei Seiten langen Fragebogen unter die Tür durchschob.

Er kann viel gewinnen: die durchschnittliche Miete für eine Dreiraumwohnung in Ostberlin beträgt ungefähr 60 Mark der DDR im Monat. Eine genauso große durchschnittlich ausgestattete Wohnung in Westberlin kann 1000 DM oder sogar noch mehr kosten.

"Diese Westdeutschen sind hinter dem Geld her und sie werden von uns Mieten verlangen, die uns an die Luft setzen," sagte Detlef Dix, der mit seiner Frau und seinen Kindern im Arbeiterbezirk Köpenick am Rande Ostberlins lebt.

Ostdeutsche haben ein besonderen Verband gegründet, um gegen die westdeutschen Eigentumsansprüche vorzugehen. Sie haben die Sympathie von vielen Politikern und Vertretern der Regierung.

Eigentumsrechte werden auch von einer innerdeutschen Kommission diskutiert werden, die eingerichtet wurde, um über die Währungsunion zu verhandeln. Diese Kommission ist letzte Woche zum erstenmal zusammengetreten.

Aber viele fürchten sich vor der Stärke der westdeutschen DM. Und Jürgen Rammbusch z. B. befürchtet, daß Westdeutsche ihre Eigentumsansprüche noch weiter nach Osten ausdehnen auf Gebiete, die seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr deutsch sind.

"Wenn sie hier ihre Ansprüche erheben, dann werden sie nicht an der Oder haltmachen," sagte Rammbusch.

Nr. 14  
Winter 1989/90

**SPARTACIST 4**

DEUTSCHE ARBEITER  
WINTER 1989/90  
DM 2,- 10 Mark der DDR PER 0

**Spartacist ist das Journal der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten)**

Bestellt bei:  
D. Bartels  
Postamt Berlin 15  
Postlagernd  
Corinthstr. 51  
Berlin 1017

**DM2,-  
2 Mark der DDR**

# Stoppt die Hexenjagd auf DKP-Reste!

Jahrzehntlang wurde die westdeutsche DKP ausspioniert, verfolgt, ihre Mitglieder mit Berufsverbot belegt. Schon bevor die Vorgängerorganisation KPD 1956 verboten wurde, wurde diese reformistische Partei mit dem Etikett "Verfassungsfeind" abgestempelt — eine Polizeistaats-Definition, die einzig und allein auf der Politik der DKP basierte. Denn in all diesen Jahren konnte der Verfassungsschutz keinerlei Beweis für irgendwelche illegalen Aktivitäten dieser Partei liefern. Doch *braucht* der Verfassungsschutz keinen Beweis, um seine Opfer zu verfolgen. Heute ist die DKP Opfer einer bösartigen Hexenjagd der Medien und des Staates, mit der sie als terroristisch gebrandmarkt werden soll. Unter dem Vorwand, Unterlagen über die "Geheimarmee" zu finden, hat das Bundeskriminalamt jetzt in einer landesweiten Aktion Büroräume der DKP und Privatwohnungen von Mitgliedern der Partei durchwühlt.

In der Tradition der "Hitler-Tagebücher" des *Stern* wartet *Der Spiegel* mit einer spektakulären "Enthüllung" auf: ein mysteriöses Individuum behauptet, er sei Mitglied einer 2-300 Mann starken "Militärischen Organisation" ("MO") gewesen, für die unter DKP-Mitgliedern rekrutiert und die von Sicherheitskräften trainiert worden sei. Von *Spiegel* bis *Bild* druckten die imperialistischen Aufpeitscher der Wiedervereinigung schreiende Überschriften über eine "kommunistische Terror-Truppe" und eine "Geheime DKP-Armee". Nächster Schritt: die Frankfurter Staatsanwaltschaft eröffnet ein Ermittlungsverfahren.

Der Beweis? Nur Schmier-"Bekenntnisse", alle "bestätigt" von gleichfalls nebulösen Exmitgliedern der "MO", die Jahre abwarteten, bevor sie damit herauskamen. Wie gut es sich für sie trifft, daß dieses Märchen über Stasi-Training für DKP-Militante gerade rechtzeitig auftaucht für die Kampagne der Bourgeoisie gegen die Betriebskampfgruppen und gegen die antifaschistische Mobilisierung in der DDR, in Treptow am 3. Januar, die angeblich ein "Trick" sein soll, um den Unterdrückungsapparat der Stasi wiederzubeleben.

Genauso unheilvoll sind die Andeutungen, die "MO" habe die Details von RAF-Aktionen studiert, die "MO" sei in Techniken trainiert worden, die der Wagenbombe ähneln, die Alfred Herrhausen in die Luft jagte. Im "freien Westen" sind solche Beschuldigungen des "Terrorismus" für die westdeutschen Bullen eine Lizenz *zum Töten*. Und das wird

vom Staat der Flicks, Thyssens, Daimler-Benz und Messerschmitts durchgeführt, den gleichen Konzernen, die aus Millionen von Sklavenarbeitern Blutprofite herausgepresst haben. Der "Demokrat" Adenauer hat sich ausgerechnet Globke, den Kommentator der faschistischen "Nürnberger Rassengesetze", als Chefberater ausgesucht. Heinrich Lübke, der KZ-Architekt, wurde Bundespräsident, genauso wie der NS-Reiter Carstens. Und heute hetzt die Bundesrepublik, die sich formell zum Nachfolgestaat des Dritten Reichs erklärt, ihre Polizei auf Antifaschisten von Göttingen bis Westberlin.

Hat der DKP-Ordnerdienst Kommunikationssysteme und andere Unterstützung aus der DDR bekommen? Na und? Sie haben das Recht, DKP-Versammlungen zu schützen. Gleichzeitig bedienen sich die bürgerlichen Parteien für ihren "Ordnerdienst" des gesamten repressiven Staatsapparats, zusätzlich heuern sie private Sicherheitsagenturen, faschistische Schläger und ähnliches an.

Waffenlager, Trainingscamps, Ermordungen und Terrorbombenanschläge existieren wirklich, ausserhalb der blühenden Phantasien des Verfassungsschutzes. Aber sie sind das Werk der Imperialisten und faschistischer Banden, der Reservestößtruppen der Bourgeoisie, oft mit Komplizenschaft des einen oder anderen imperialistischen Geheimdienstes. So kriegen Kriminelle wie Michael Kühnen nur einen Klaps auf die Hand und laufen heute wieder frei auf der Straße rum.

1984 war auch die Trotzlistische Liga Deutschlands das Opfer einer terroristischen Lüge in Gestapo-Tradition: Zimmermanns Innenministerium veröffentlichte Zeitungsanzeigen, in denen auch *Spartakist* gezeigt wurde, und setzte in einer Verleumdungskampagne Linke mit Nazis und Terroristen gleich. Wir schrieben: "Die westdeutsche Geheimpolizei versucht die Marxisten zum Schweigen zu bringen, als Bestandteil des imperialistischen Feldzugs zur Zerschlagung der historischen Errungenschaften des deformierten Arbeiterstaats DDR" (*Spartakist* Extrablatt, 12. Dezember 1984).

Der Kampf, die existierenden demokratischen Rechte der Arbeiterbewegung zu verteidigen, ist untrennbar mit dem Kampf gegen den imperialistischen Revanchismus verbunden. Um die DDR einzuverleiben, versucht der westdeutsche kapitalistische Staat daheim eine Hexenjagd-Atmosphäre zu entfachen.

## Wer betreibt hier Chaos?

*Chaos und Kollaps. Dies sind die Worte, die täglich in den BRD-Medien und der restlichen imperialistischen Presse erscheinen, angeblich um zu beschreiben, was in der DDR passiert. Und sie finden ihr Echo bei den Damen und Herren der Modrow-Regierung. Wem nützt hier diese Chaos-Betreiberi? Wo kommt sie her? Sogar ein Artikel in der Financial Times (12. Februar), Sprachrohr der Londoner Börse, gibt zu, daß hinter dieser Panikmache der Drang steht, die DDR aufzukaufen und in ein kapitalistisches Großdeutschland zu annektieren. Hier einige Auszüge:*

"Die Millionen von Ostdeutschen, die an diesem Morgen früh aufstanden und ihren üblichen Bus oder ihre Straßenbahn zur Arbeit nahmen, quer durch belebte Straßen mit gut gefüllten Geschäften, wären überrascht zu erfahren, daß ihre Gesellschaft am Rande des Kollaps steht. Doch die Annahme von Chaos und Kollaps sind jetzt die tägliche Sprache der

westlichen Medien und des politischen Establishment-

Angst vermischt sich jetzt in gleichem Maße mit Hoffnung. Angst, daß ein politisches Vakuum die Rechtsradikalen stärkt, Angst, daß die Währungsunion Sparkonten leerfegen wird, vor allem Angst, in einem wiedervereinigten Land nicht in der Lage zu sein, zu konkurrieren...

Doch in Anbetracht dieser Unsicherheit geht das Leben mit gespenstischer Normalität weiter; die Menschen gehen zur Arbeit, die öffentlichen Verkehrsmittel funktionieren, es gibt keine Lebensmittelknappheit. Warum also redet Westdeutschland eine Krise herbei, mit potentiell sich selbst erfüllenden Auswirkungen?

Heiner Flassbeck vom DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) behauptet: "Politiker in Bonn übertreiben das Ausmaß des Durcheinanders, um eine Beschleunigung der Wiedervereinigung zu rechtfertigen. Man könnte auch darüber spekulieren, daß einige Leute die Bedingungen schaffen wollen, um die DDR billig aufzukaufen."

# Protest kanadischer KPler gegen Modrows Ausverkauf

*Die dramatischen Entwicklungen in der UdSSR und der DDR enthüllen den Bankrott des Stalinismus und die Notwendigkeit für eine proletarisch-politische Revolution. Sie haben auch eine enorme polarisierende Wirkung auf die kommunistischen Parteien auf der ganzen Welt, wie die folgende Petition, die von Mitgliedern der KP in Kanada verbreitet wird, zeigt. Andererseits haben Parteiführungen wie die Westberliner SEW-Führung auf diese Ereignisse damit geantwortet, daß sie ihr Vorhaben ankündigten, die Partei aufzulösen.*

Die Nachricht, daß Hans Modrow, der Ministerpräsident der DDR, unterstützt von den Reformisten in Moskau, die Unterstützung seiner Partei für die Wiedervereinigung bekanntgegeben und einen konkreten Plan angekündigt hat für diese Idee, unter der Bedingung, daß das wiedervereinigte Deutschland neutral bleibt, trifft uns sehr hart.

Ein vereinigtes imperialistisches Deutschland ist eine reale Gefahr nicht nur für die Sowjetunion, sondern für die ganze Welt. Warum kapituliert die SED dann ohne irgendeinen Kampf? Warum unterstützt die augenblickliche sowjetische Führung diese Kapitulation?

Sie werden wahrscheinlich sagen, daß dies die einzige Alternative sei und dabei auf Rumänien verweisen als Beispiel, was passieren könnte, falls die SED sich den Wünschen der Bevölkerung entgegenstellt.

Dies ist jedoch falsch. Anders als in einigen anderen bürokratisch deformierten Arbeiterstaaten haben die besten und bewußtesten Arbeiter in Ostdeutschland gezeigt, daß sie gewillt sind, ihre stalinistische Bürokratie loszuwerden, aber sie unterstützen nicht die kapitalistische Restauration.

Am 3. Januar haben mehr als 250 000 Arbeiter auf die Nazischändung der Gräber der sowjetischen Soldaten mit einer Massendemonstration im Treptower Park geantwortet. Am 14. Januar sind wieder mehr als eine Viertelmillion entschlossene Arbeiter in Verteidigung des Sozialismus zu einer Demonstration in Berlin zusammengekommen.

Diese Aktionen sind ein lebendiger Beweis dafür, daß die politische Revolution in der DDR zu einer wirklichen Arbeiterdemokratie führen kann auf der Basis von Arbeiter- und Soldatenräten. Solch ein Ereignis wird die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten in der ganzen Welt elektrifizieren, genauso wie es die Oktoberrevolution 1917 getan hat.

Warum zieht es dann die SED, unterstützt von den Reformisten in der UdSSR, vor, zu kapitulieren?

Ist es möglich, daß sie mehr Angst haben vor der proletarisch-politischen Revolution als vor der imperialistischen Übernahme von Ostdeutschland?

Wir, die Unterzeichneten, erklären unzweifelhaft unsere Opposition zu jeglichem Ausverkauf der DDR. Unsere Position, daß die SED sofort alle Verhandlungen für eine kapitalistische Restauration abbrechen muß, unsere Forderung, Arbeiterräte zu bilden, um die DDR zu verteidigen, soll nicht nur den kanadischen Arbeitern bekanntwerden, sondern auch der SED und der deutschen Arbeiterklasse.

Mitglieder und Freunde der Kommunistischen Partei Kanadas.

[21 Unterschriften]



## „Marktsozialismus“ in Osteuropa

Eine Broschüre über die Wirtschaft der osteuropäischen deformierten Arbeiterstaaten - eine Analyse von Jugoslawien, Ungarn und Ostdeutschland im Kontext mit Gorbatschows Perestroika. Die Broschüre geht auf frühere Versuche der herrschenden Bürokratien ein, die Stagnation durch Dezentralisierung und „marktorientierte“ Reformen zu bekämpfen, und sie stellt dem das trotzkistische Programm entgegen: für zentralisierte Wirtschaftsplanung auf der Basis von Arbeiterdemokratie.

**DM 3,- / 3 Mark (40 Seiten)**

Zu beziehen über SpAD und Spartakist-Gruppen. Einzahlungen an:  
Sparkasse der Stadt Bertin,  
Konto-Nr 6652-40-700955

# Wählt SPARTAKIST

## Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung! Für ein Arbeiterrätedeutschland!

### Volkskammer...

*Fortsetzung von S. 1*

**werden, in dieser Frage klar Stellung zu beziehen — für oder gegen kapitalistische Wiedervereinigung.**

Die Bürger der DDR können jetzt schön sehen, was kapitalistische Wiedervereinigung für sie bedeuten würde: Massenentlassungen, Angriffe auf ausländischen Arbeiter und antisemitische Greuelthaten, die Vernichtung der Renten und lebenslanger Ersparnisse, die Abschaffung der grundlegenden Subventionen für Lebensmittel und Kinderkleidung, der Diebstahl ihrer Wohnungen durch westdeutsche Spekulanten und eine dreißigfache Steigerung der Mieten. Der Runde Tisch, mit dem Neuen Forum an der Spitze, besteht darauf, daß die Lebensmittelsubventionen noch vor den Wahlen abgeschafft werden sollen. Wir sagen: Sollen doch Neues Forum, SPD und ihre Verbündeten hungern.

Die Volkskammerwahl ist ein Plebiszit — wenn auch verzerrt durch den massiven Versuch des westdeutschen Kapitals und seiner Parteien, die Wahlen einzukaufen — über die weitere Existenz der DDR. Die SpAD erklärt erneut:

"Wir fragen alle Organisationen und Kandidaten, die bei diesen Wahlen antreten, die angeben, die Interessen der Werktätigen zu vertreten: Seid ihr gegen die kapitalistische Wiedervereinigung? Wir verlangen ein schriftliches Bekenntnis zur Opposition zur kapitalistischen Wiedervereinigung... Wo die SpAD keine Kandidaten aufstellen kann oder wenn Wähler ansonsten von unseren allgemeinen Auffassungen so entfernt sind, daß sie deshalb nicht für unsere Liste stimmen wollen, rufen wir dazu auf, für

solche Parteien und Gruppen zu stimmen, die sich verpflichtet haben gegen eine kapitalistische Wiedervereinigung und für die Erhaltung der sozialen Errungenschaften der DDR einzutreten."

Nicht nur bei der Demonstration vom 22.2., sondern auch bei Versammlungen der Vereinigten Linken, der KPD und der Kommunistischen Plattform haben wir diese Aufforderung gestellt, ohne bis jetzt eine positive Antwort zu bekommen. Millionen von Werktätigen sind gegen die Einverleibung der DDR durch die Frankfurter Bankiers — wir stellen allen und jedem die Frage: wo stehst du? Die SpAD erklärt erneut, die zentrale Frage, für die wir in dieser Wahlkampagne kämpfen, ist-"Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung!" Stimmt für die Kandidaten der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands!

### Kommt zum Wahlkampfzentrum: Die Wahlkampagne der SpAD braucht eure Hilfe!

Helft uns, ein einrucksvolles Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung zu organisieren! Helft uns bei der Mobilisierung der Werktätigen zur Verteidigung ihres Eigentums, ihrer sozialen Errungenschaften, ihre Zukunft! Arbeiter, Soldaten, Jugendliche, Rentner schließt euch unserer Kampagne an und bringt sie in eure Fabriken und Arbeitsstellen, eure Kasernen und Schulen, die Jugendclubs und Gewerkschaften, in euren Wohnbezirk. Kommt nach Treptow!

### SPENDET!

Wenn du das Wahlprogramm der Spartakist Arbeiterpartei Deutschlands unterstützt, wem du gegen die kapitalistische Wiedervereinigung kämpfen willst, dann beteilige dich an unserer Kampagne und unterstütze sie mit sehr notwendigen finanziellen Beiträgen. Schicke deine Spende am

Konto der Spartakist-Gruppen» Sparkasse der Stadt Berlin.  
Konto-Nr. 6652-40-700955, Kennwort "SpAD"

F.Zierenberg, Konto-Nr 2 119 766 00, BLZ 500 800 00 -  
Dresdner Bank, Frankfurt/M.

### Spartakist-Treffpunkt

Kreiskulturhaus-Treptow  
Puschkinallee 5, Berlin  
1. Stock, Raum 19

geöffnet Mo.-Do. 17-21 Uhr  
Samstag 17-21 Uhr  
Freitag geschlossen

# Was wollen die Spartakisten

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), steht in der revolutionären marxistischen Tradition von Lenin, Luxemburg und Liebknecht. Wir kämpfen für das kommunistische Programm und die Ideale der bolschewistischen Revolution, die durch den Stalinismus jahrzehntelang pervertiert und verraten worden sind.

Seit Oktober 1917 hat der Kapitalismus versucht, die welthistorischen Errungenschaften der Russischen Revolution zu zerschlagen. Die stalinistische Bürokratie erwuchs aus und nährte sich von proletarischen Niederlagen, besonders der der Deutschen Revolution. Stalins Dogma des "Sozialismus in einem Land" ist eine nationalstische, antisozialistische Lüge zu dem Zweck, den Imperialismus zu beschwichtigen. um das zu erreichen, unterminiert die Bürokratie im internationalen Maßstab revolutionäre Kämpfe und beraubt im eigenen Land die Arbeiterklasse der politischen Macht.

Getreu dem Programm der frühen Kommunistischen Internationale steht Trotzismus für sozialistische Weltrevolution. Wir rufen auf zur proletarisch-politischen Revolution, zur Herrschaft von Arbeiterräten anstelle der korrupten parasitären stalinistischen Bürokratien, die die sozialistischen Grundlagender Arbeiterstaaten gefährden. Verteidigt die historischen Errungenschaften der Arbeiterklasse, die durch den Sturz des Kapitalismus erreicht wurden — verteidigt die Sowjetunion gegen Imperialismus- und innere Konterrevolution!

Der enorme wirtschaftliche und politische Druck des westlichen Kapitalismus, mit Hilfe der Sozialdemokraten — Erben der Mörder von Luxemburg und Liebknecht —, hat eine blutige Konterrevolution in Osteuropa zum Ziel. Wir Trotzisten sind gegen eine kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands. Nein zu einer Republik der Deutschen Bank! Rätewahl in der DDR würde die Arbeiter in Westdeutschland anfeuern — für ein rotes Rätendeutschland im Rahmen der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

Als proletarische Internationalisten unterstützen wir

alle antiimperialistischen Befreiungskämpfe der Arbeiter und Unterdrückten, von El Salvador bis Südafrika. Wir begrüßen die heroischen Verteidiger Jalalabads gegen die mörderischen CIA-Söldner in Afghanistan.

Jede Erscheinung von Rassismus und Chauvinismus muß unerbittlich bekämpft werden. Für Arbeitereinheitenfronten, um die Faschisten zu zerschlagen! Volle Staatsbürgerrechte für alle eingewanderten Arbeiter!

Wir treten ein für eine vergesellschaftete Planwirtschaft ohne Parasitentum, Willkür und nationale Autarkie der stalinistischen Bürokratie. Durch Rätedemokratie muß der grundlegende Kurs von Wirtschaft und Gesellschaft festgelegt werden. Fabrikkomitees müssen die Produktion überwachen. Demokratisch gewählte Verbrauchergenossenschaften müssen Qualität und Preis der Güter überwachen.

Die Frage stellt sich heute ganz direkt: welche Klasse soll herrschen, die Bourgeoisie oder das Proletariat? Das Schicksal der DDR und jeder sozialen Errungenschaft, die sie verkörpert, steht auf dem Spiel. Wir stehen auf der Seite all derer, die Mitglieder der stalinistischen SED/PDS sind oder bis vor kurzem waren oder zu den zahlreichen anderen gehören, die eine sozialistische Welt aufbauen wollen, auf der Seite all derer, die schwören, daß Hitlers Erben nicht enteignen dürfen, was durch die Plackerei der Arbeiter aus den Trümmern entstanden ist.

Der Schlüssel dazu: eine leninistisch-egalitäre Partei zu schmieden, die alle revolutionären internationalistischen Kräfte in eine deutsche Sektion einer wiedergeborenen Vierten Internationale umgruppiert. Schließt euch der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands an, gründet Spartakist-Gruppen in jeder Fabrik und Kaserne, unter der Jugend, Frauen, ausländischen Arbeitern, um euch die Lehren früherer revolutionärer Kämpfe anzueignen, um mit revolutionärer Propaganda zu intervenieren, um eine wirklich kommunistische Massen-Avantgardepartei zu schmieden, die die deutschen Arbeiter in ihren Kämpfen zur Macht führen wird.

**Von Lenin und Trotzki lernen  
heißt siegen lernen!**

Ich möchte . . . Stück **ARRPREKOPR** zum Verkaufen

Ich möchte . . . Stück **Spartakist** zum Verkaufen

Ich/Wir wollen eine Spartakist-Gruppe aufbauen

Ich möchte Mitglied der w SpAD werden

Name \_\_\_\_\_

PLZ \_\_\_\_\_ Ort \_\_\_\_\_

Tel. \_\_\_\_\_



**Abonniert Spartakist Zeitung der SpAD!**  
**Volles Abo (8 Ausgaben): DM 10,—/10 Mark der DDR**  
**Alle Abos enthalten Spartacist (deutsche Ausgabe)**  
**Zu beziehen über Spartakist-Gruppen**  
**Sparkasse der Stadt Berlin, Konto-Nr. 6652-40-700955**

## Kontaktadressen

### Spartakist-Arbeiterpartei Deutschland und Spartakist-Gruppen

D.Bartels  
 Postamt Berlin 15  
 Postlagernd Corinthstr. 51  
 Berlin 1017

Spartakist-Gruppe  
 Postfach 24  
 Greifswald 2200

Postfach 21 07 50  
 1000 Berlin 21  
 Tel.(030)8823964

SpAD  
 c/o Verlag Avantgarde  
 Postfach 11 02 31  
 2000 Hamburg 11

Spartakist-Gruppe  
 HPA Rostock, Postlagernd Rostock 01  
 Rostock 2500